

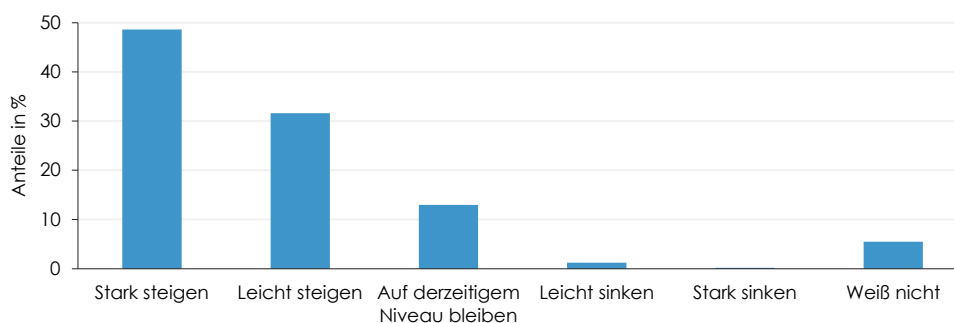
Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

- Das Österreichische Gallup Institut befragte Anfang Oktober 2022 im Auftrag des WIFO eine für Österreichs Bevölkerung repräsentative Stichprobe von 1.000 Personen.
- Die Befragten nahmen insbesondere in den Bereichen Treibstoffe, Haushaltsenergie und Lebensmittel Preissteigerungen wahr. Für die nächsten 12 Monate erwarteten sie mehrheitlich weitere Verteuerungen.
- Über 60% der Befragten gaben an, wegen der höheren Preise auf günstigere Alternativen (Eigenmarken der Handelsketten) auszuweichen und Haushaltsenergie einsparen zu wollen.
- 14% der Befragten haben bereits größere Ausgaben getätigt, um den Energieverbrauch im eigenen Haushalt zu senken, 17% planten dies. 11% erwogen einen Umstieg auf andere Energieträger zum Heizen und zur Warmwasserbereitstellung, vor allem auf Sonnenenergie sowie auf Luft- und Erdwärme.
- 31% der Befragten gaben an, aufgrund der Teuerung in den vergangenen Monaten auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben; 37% erwarteten, in den kommenden Monaten Rücklagen auflösen zu müssen.
- Von jenen Personen, die einen Immobilienerwerb bzw. eine Wohnraumsanierung planten, wollten nur je rund ein Drittel trotz steigender Zinssätze bzw. höherer Eigenmittelerfordernisse an der Realisierung festhalten.

Erwartete Preisentwicklung in Österreich



Anfang Oktober 2022 rechneten fast 50% der Befragten mit kräftigen Preissteigerungen in den nächsten 12 Monaten, weitere 32% mit leichten (Q: Österreichisches Gallup Institut, Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022; WIFO-Darstellung).

"Rund die Hälfte der Befragten erwartete im Oktober 2022 auch noch für 2023 deutliche Preissteigerungen. Immerhin ein Achtel rechneten dagegen – im Gegensatz zu den damals veröffentlichten Prognosen – nicht mit einem weiteren Anstieg des allgemeinen Preisniveaus."

Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Die privaten Haushalte sehen sich durch die jüngsten Preisanstiege, vor allem in den Bereichen Treibstoffe, Haushaltsenergie und Lebensmittel, mit Herausforderungen konfrontiert. Dies zeigen die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, die das Österreichische Gallup Institut Anfang Oktober 2022 im Auftrag des WIFO durchführte. Ein Großteil der Befragten gab an, der Teuerung durch Verhaltensanpassungen wie den Kauf von günstigen Produktalternativen oder Energieeinsparungen begegnen zu wollen. Zur Energieersparnis tätigten bzw. planten Teile der Befragten größere Anschaffungen im Haushalt, vor allem Personen in Haushalten mit höheren Einkommen. Durch die gestiegenen Ausgaben sehen sich insbesondere Personen in einkommensschwachen Haushalten genötigt, auf Sparrücklagen zurückzugreifen, falls solche überhaupt vorhanden sind. Sofern die kräftige Teuerung anhält, werden jedoch auch Personen in Haushalten mit mittleren Einkommen vermehrt Sparreserven auflösen müssen. Infolge des Anstiegs der Finanzierungskosten und des erhöhten Eigenmittelbedarfs gab lediglich rund ein Drittel der Befragten an, bereits geplante Vorhaben im Bereich des Immobilienerwerbs und der Sanierung unverändert realisieren zu wollen.

JEL-Codes: D14, E21, E31 • **Keywords:** Befragung, Inflation, Inflationserwartungen, Haushaltsenergie, Heizsysteme, Kreditfinanzierung, Sparen

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 11. 1. 2023

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at)

High Uncertainty Shapes Assessments of Private Households. Results of a Survey on "Inflation," "Heating," "Credit Financing" and "Saving"

Private households are facing challenges as a result of recent price increases, especially in the areas of fuel, household energy and food. This is shown by the results of a representative survey conducted by the Austrian Gallup Institute on behalf of WIFO in early October 2022. A large proportion of respondents said they would counter inflation by adjusting their behaviour, such as buying low-priced product alternatives or saving energy. In order to save energy, some respondents had made or were planning to make major purchases in their households, especially those with higher household incomes. As a result of the increased expenditure, persons in low-income households in particular feel compelled to draw on existing savings reserves. If the strong inflation continues, however, even persons in middle-income households will increasingly have to liquidate savings reserves. As a result of the rise in financing costs and the increased need for equity, only one-third of respondents stated that they still intended to implement their planned real estate acquisition and refurbishment projects.

1. Motivation

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu deren Eindämmung prägten 2020 und 2021 das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die fiskal- und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte sowie die Verschiebung der privaten Konsumnachfrage von Dienstleistungen zu (dauerhaften) Konsumgütern führten zu einem unerwartet raschen Aufschwung der Weltwirtschaft. Da die weltweite Industrieproduktion und der internationale Gütertransport an Kapazitätsgrenzen stießen, kam es zu nachhaltigen Angebotsengpässen auf den Weltmärkten. In der Folge zogen die

Preise von Rohstoffen (insbesondere von Energierohstoffen), Vorprodukten (wie Mikrochips) und Fertigwaren deutlich an (Baumgartner et al., 2022).

Mit Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 und der Verknappung des Energieangebots in Europa, im Besonderen bei Erdgas und Rohöl, stiegen die Preise auf den europäischen Großmärkten für Erdgas, Strom und Treibstoffe abermals enorm (Baumgartner, 2022). Auch die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe, vor allem für Getreide und Ölsaaten, erhöhten sich stark. Dies ließ die Verbraucherpreise in allen EU-

Ländern auf historische Höchststände steigen. In Österreich lag der VPI im September, Oktober und November 2022 bei rund 11%. Für die privaten Haushalte stiegen vor allem

die Ausgaben für Energie und Nahrungsmittel. Insbesondere Erdgas, Strom und Heizöl sowie feste Brennstoffe verteuerten sich markant.

Übersicht 1: Soziodemografische Struktur der Stichprobe

Personen ab 14 Jahren

	Personen ungewichtet	Personen gewichtet
Anteile in %		
Geschlecht		
Mann	49,0	49,0
Frau	51,0	51,0
Altersgruppen		
14 bis 29 Jahre	19,9	20,8
30 bis 49 Jahre	31,6	31,4
50 Jahre und älter	48,5	47,8
Bundesländer		
Wien	21,4	21,4
Niederösterreich, Burgenland	22,4	22,4
Steiermark, Kärnten	20,5	20,5
Oberösterreich, Salzburg	22,8	22,8
Tirol, Vorarlberg	12,9	12,9
Wohnortgröße		
Bis 5.000 Einwohner:innen	37,2	39,8
Über 5.000 bis 50.000 Einwohner:innen	21,6	27,1
Mehr als 50.000 Einwohner:innen (ohne Wien)	19,8	11,7
Wien	21,4	21,4
Berufliche Stellung		
Selbständige, freiberufliche Tätigkeit	7,4	5,8
Angestellte, Beamt:innen	32,3	32,0
Arbeiter:innen	10,1	11,9
In Ausbildung	8,8	8,8
Nicht berufstätig	13,5	14,7
Pensionist:innen	27,9	26,8
Höchste abgeschlossene Ausbildung		
Pflichtschule, allgemeinbildende höhere Schule (Unterstufe), Mittelschule ohne Matura	21,0	21,9
Berufs-, Fachschule, mittlere Lehranstalt	44,7	45,4
Matura, Fachhochschule, Universität	34,3	32,7
Monatliches Nettohaushaltseinkommen		
Bis 1.500 €	13,5	12,7
1.501 € bis 2.500 €	23,7	24,8
2.501 € bis 3.000 €	11,6	11,4
Mehr als 3.000 €	30,3	30,2
Keine Angabe	20,9	20,8
Wohnverhältnis		
Miete	52,7	52,4
Eigentum	41,9	42,3
Anderes, keine Angabe	5,4	5,3
Art des Wohnhauses		
Einfamilienhaus, Doppelhaus	36,4	37,0
Mehrgeschoßiges Wohnhaus	58,1	57,7
Keine Angabe	5,5	5,4

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. *n* = 1.000.

Die EZB ließ ab dem Frühjahr 2022 das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP)

¹⁾ Die EZB hob den Hauptrefinanzierungssatz 2022 wie folgt an: 27. Juli 2022 +0,5 Prozentpunkte von 0,0% auf 0,5%, 14. September 2022 +0,75 Prozentpunkte auf 1,25%, 2. November 2022 +0,75 Prozentpunkte auf 2%, 21. Dezember 2022 +0,5 Prozentpunkte auf 2,5%. Parallel dazu wurden auch die Zinssätze für die

auslaufen und erhöhte ab Juli schrittweise die Leitzinssätze¹⁾. Die Straffung der Geldpolitik bedeutet für viele Kreditnehmer:innen

Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagenfazilität entsprechend angepasst. Mit der Dezember-Anpassung lagen sie bei 2,75% bzw. 2,0%. Diese Werte stecken

eine zusätzliche Herausforderung. Einerseits sind bestehende Kredite mit (teilweiser) variabler Verzinsung durch den raschen Zinsanstieg deutlich teurer geworden; andererseits haben sich auch die Kreditkonditionen bei Neuverträgen verschlechtert. Dies gilt sowohl bei variabler als auch bei fixer Verzinsung und betrifft sowohl Wohnbau- als auch Konsumkredite. Zusätzlich zu den steigenden Zinssätzen sahen sich die privaten Haushalte ab 1. August 2022 mit strengeren Vergaberichtlinien für Immobilienkredite konfrontiert. Zum einen müssen Kreditwerber:innen nun höhere Eigenmittel als bisher nachweisen, um eine Kreditzusage zu erhalten. Zum

anderen darf seither die Zinsbelastung einen bestimmten Anteil am Nettohaushaltseinkommen nicht mehr übersteigen (siehe auch OeNB, 2022a, 2022b).

Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag die Einschätzungen und mögliche Verhaltensänderungen einer repräsentativen Stichprobe der österreichischen Bevölkerung über 14 Jahren in Bezug auf die Teuerung, Energiekosten und Heizsysteme, das Sparverhalten und den Immobilienerwerb. Die Befragung wurde Anfang Oktober 2022 vom Österreichischen Gallup Institut im Auftrag des WIFO durchgeführt.

2. Daten und Befragungsdesign

Die Daten, welche den nachfolgenden Analysen zugrunde liegen, wurden vom Österreichischen Gallup Institut im Rahmen einer Multi-Client-Umfrage erhoben. Der entsprechende Teilfragebogen²⁾ wurde vom WIFO in Kooperation mit dem Österreichischen Gallup Institut erstellt³⁾.

Der WIFO-Teil der Befragung deckte fünf Themenbereiche ab:

- Teuerung (Kapitel 3),
- Ausgaben für Weihnachtseinkäufe⁴⁾,
- Energiekosten und Heizsysteme (Kapitel 4),
- Finanzierungsbedingungen und (Immobilien-)Kreditnachfrage (Kapitel 5),
- Sparverhalten (Kapitel 6).

Die Interviews erfolgten persönlich in Form einer "Face-to-Face"-Befragung in den Haushalten (Computer Assisted Personal Interviews – CAPI) mit anschließender Quotenauffüllung mittels Online-Interviews. Die Befragung wurde Anfang Oktober 2022 durchgeführt (Feldzeit 5. bis 16. Oktober). Die Stichprobe umfasste 1.000 Personen und ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren. Die befragten Personen wurden mittels Quotenstichprobenziehung (Random-Quota-Sampling nach Geschlecht, Alter, Bundesland und Wohnortgröße) ausgewählt. Um Abweichungen zur Zielgruppe zu korrigieren, wurden die Daten gewichtet. Als Basis für die Berechnung der Gewichte diente der Mikrozensus von Statistik Austria. Übersicht 1 zeigt die soziodemografische Struktur der ungewichteten und der gewichteten Stichprobe.

3. Teuerung und Inflationserwartungen

Im ersten Teil der Befragung wurde die zum Erhebungszeitpunkt Anfang Oktober 2022 gegenüber dem Vorjahr wahrgenommene und die für die nächsten 12 Monate erwartete Teuerung nach 20 Produktgruppen erhoben. Erwartungsgemäß gab die überwiegende Mehrheit – rund drei Viertel der Befragten – an, bei Treibstoffen (79%), Lebensmitteln (76%) und Haushaltsenergie (74%) mit kräftigen Preissteigerungen konfrontiert zu sein⁵⁾.

Im Vergleich mit den Ergebnissen einer Gallup-Umfrage von Jänner 2022 (Österreichisches Gallup Institut, 2022a) war der Anteil der Personen, die in diesen Produktgruppen zumindest leichte Preiserhöhungen bemerkten, deutlich höher – bei Haushaltsenergie und Lebensmitteln um knapp 20 Prozentpunkte und bei Treibstoffen um 13 Prozentpunkte (Abbildung 1)⁶⁾.

den Zinskorridor für die Entwicklung des Dreimonatsgeldmarktzinssatzes ab, der seinerseits als Referenzgröße für die Bestimmung der variablen Kreditzinssätze für Unternehmen und private Haushalte dient.

²⁾ https://www.wifo.ac.at/wwadocs/monatsberichte/mb_2023_01_gallup_fragebogen_tabellenband.pdf.

³⁾ Wir danken Günter Haunlieb vom Österreichischen Gallup Institut für seine Unterstützung.

⁴⁾ Auf diesen Fragenblock wird im vorliegenden Beitrag nicht eingegangen. Diese Ergebnisse wurden am 16. Dezember 2022 in einer Pressekonferenz von Handelsverband und WIFO zum Weihnachtsgeschäft vorgestellt (https://www.wifo.ac.at/news/mehrumsaetze_im_dezember_erreichen_preisbereinigt_das_vorjahresniveau).

⁵⁾ Siehe dazu die Standardauswertung zu Frage 1 im Online-Anhang (https://www.wifo.ac.at/wwadocs/monatsberichte/mb_2023_01_gallup_fragebogen_tabellenband.pdf).

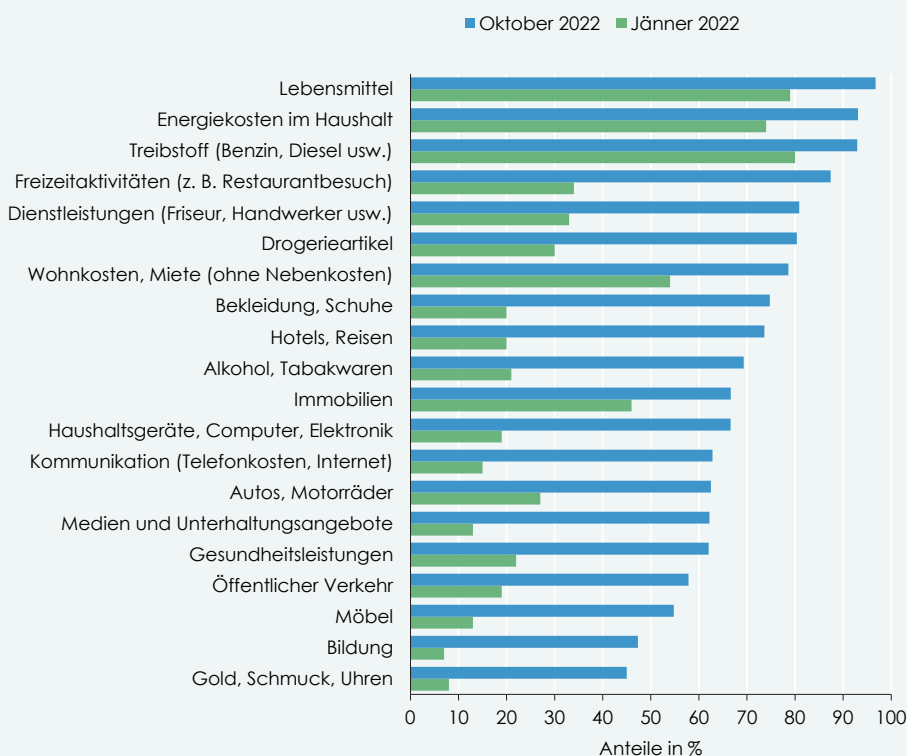
⁶⁾ In den Abbildungen 1 bis 3 werden die Ergebnisse zweier unterschiedlicher Gallup-Befragungsprogramme gegenübergestellt: im Jänner (Österreichisches Gallup Institut, 2022a), März (Österreichisches Gallup Institut, 2022b) und August (Österreichisches Gallup Institut, 2022c) wurden CAWI-Interviews (Computer Assisted Web Interviewing) durchgeführt, in der Befragung vom Oktober 2022 für das WIFO dagegen CAPI-Interviews (Computer Assisted Personal Interviews, "Face-to-Face" in privaten Haushalten mit einer

Die wahrgenommenen markanten Preissteigerungen dürften auch zu einer Veränderung im Einkaufsverhalten geführt haben. Knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, auf preiswerte Produkte (Eigenmarken der Handelsketten) umsteigen bzw. Rabattaktionen stärker nutzen zu wollen. Gut 60% gaben

an, Haushaltsenergie einsparen zu wollen. Im Vergleich zur Befragung vom Jänner 2022 (Österreichisches Gallup Institut, 2022a) war der Anteil der Befragten, die diese beiden Verhaltensreaktionen nannten, damit um rund 20 Prozentpunkte höher (Abbildung 2).

Abbildung 1: **Einschätzung des Preisanstiegs nach Produktgruppen**

Anteil der Befragten, die im Vergleich zum Vorjahr "stark" bzw. "etwas gestiegene" Preise feststellten



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Oktober 2022: n = 1.000 je Produktgruppe, Jänner 2022: n = 956 je Produktgruppe.

Bei den anderen Antwortkategorien veränderten sich die Anteile kaum gegenüber Jänner 2022. Hierbei wurden die genauere Planung der Ausgaben (55%), der Einkauf bei Diskontern (47%) und Einschränkungen bei Freizeitaktivitäten (43%) am häufigsten genannt.

Auch für die nächsten 12 Monate erwarteten die Befragten weitere Preisanstiege. Rund die Hälfte rechnete Anfang Oktober 2022 auch noch für die nächsten 12 Monate

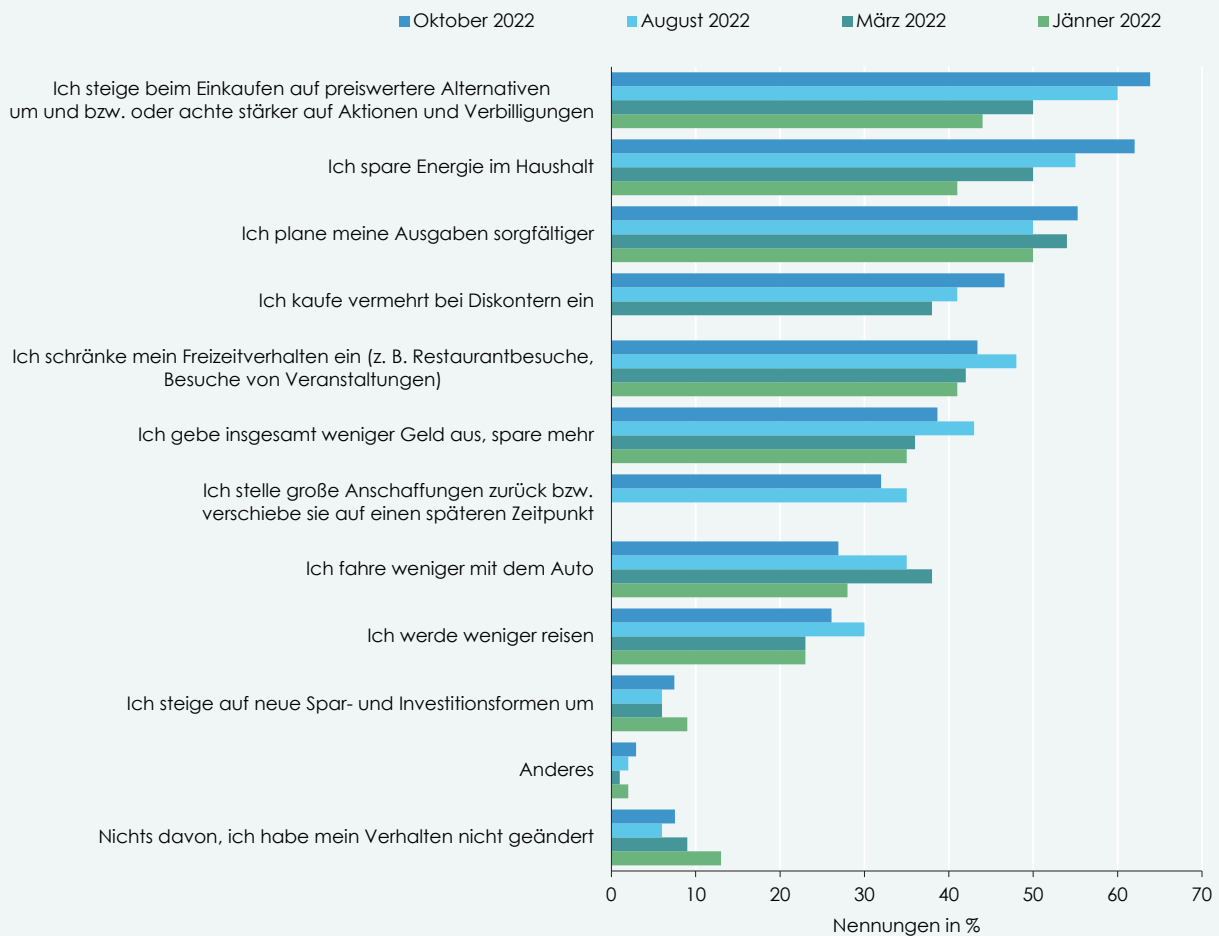
mit starken Preissteigerungen. Immerhin ein Achtel der Befragten erwartete dagegen – im Gegensatz zu den damals veröffentlichten Prognosen (Ederer & Glocker, 2022; Ertl et al., 2022; OeNB, 2022c) – keinen weiteren Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Gegenüber der Gallup-Befragung vom Jänner 2022 nahm der Anteil der Befragten, die von weiteren, zumindest leichten Preissteigerungen ausgingen, von 91% auf 80% ab (Abbildung 3).

Aufgrund der enormen Teuerung wollten die meisten Befragten ihr Einkaufsverhalten anpassen, etwa indem sie auf preisgünstigere Produkte umsteigen, und Haushaltsenergie einsparen.

Quotenauffüllung mittels Online-Interviews). Da die Frageformulierungen in den CAWI- und CAPI-Umfragen nicht wortgleich waren und sich die Erhebungsmethoden unterscheiden, kann nur ein grober

Vergleich angestellt werden, jedoch keine statistische Beurteilung der Unterschiede zwischen den Befragungen erfolgen.

Abbildung 2: **Verhaltensanpassung der Befragten**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Mehrfachnennungen möglich. Oktober 2022: n = 1.000, August 2022: n = 1.000, März 2022: n = 963, Jänner 2022: n = 956.

Die meisten Befragten erwarteten auch für die kommenden 12 Monate noch starke Preiserhöhungen, vor allem bei jenen Produkten, die sich bereits zuvor am kräftigsten verteuert hatten.

In den drei Bereichen, die sich laut VPI gegenüber dem Vorjahr am kräftigsten verteuert hatten (Übersicht 2), erwarteten die Befragten auch für die kommenden 12 Monate noch starke Preiserhöhungen (Haushaltsenergie: 65% der Befragten, Treibstoffe: 56%, Lebensmittel: 55%; Abbildung 4).

Zusätzlich zur qualitativen Einschätzung der Preisentwicklung in den letzten 12 Monaten (Abbildung 1) wurden die Befragten auch um eine quantitative Einschätzung der Preisanstiege für 20 Produktgruppen gebeten. Sie konnten dabei aus 8 vorgegebenen Intervallen wählen. Aus diesen Angaben wurde die mittlere (wahrgenommene) Preiserhö-

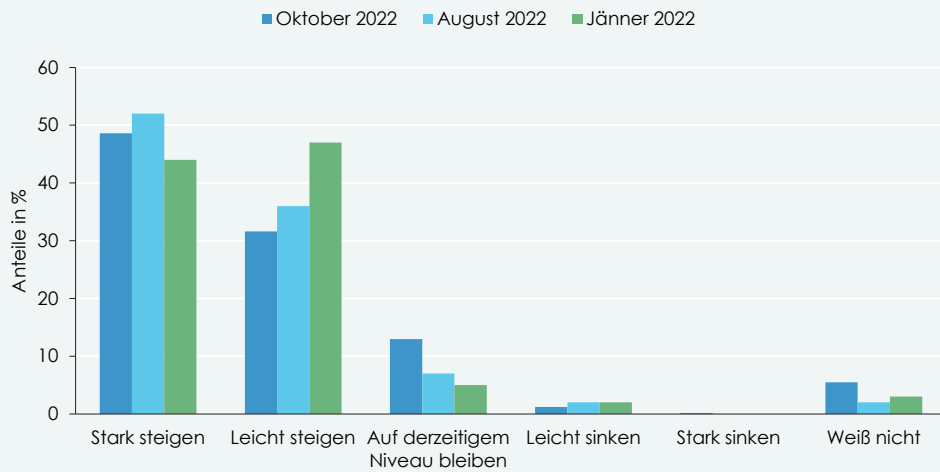
hung (Mittelwert und Median) berechnet und der von Statistik Austria ermittelten Teuerung nach Produktgruppen gegenübergestellt (gemäß VPI für September und Oktober 2022; Übersicht 2)⁷⁾.

Wie bereits in früheren Studien festgestellt wurde – wenngleich vor dem Hintergrund eines deutlich schwächeren Preisauftriebs – wird die Inflation subjektiv als höher wahrgenommen als die von Statistik Austria erhobene offizielle Inflationsrate: Gemäß VPI betrug die Teuerung für den untersuchten Warenkorb rund 11½%, gemäß den subjektiven Einschätzungen der Befragten jedoch 18½% (Median) bzw. 25,7% (Mittelwert)⁸⁾.

⁷⁾ Zu den 20 in der Gallup-Erhebung berücksichtigten Produktgruppen zählen auch die Immobilienpreise (Anschaffungspreise für bestehendes und neues Wohnungseigentum). Die Ausgaben für eigentümergeutztes Wohnen (Eigenheime) werden im Verbraucherpreisindex jedoch nicht erfasst, da sie als Vermögensbildung angesehen werden. Für den Vergleich der mittleren Preissteigerungen laut Gallup-Befragung bzw. VPI werden daher nur jene 19 Positionen herangezogen, die auch im VPI enthalten sind. Diese aus-

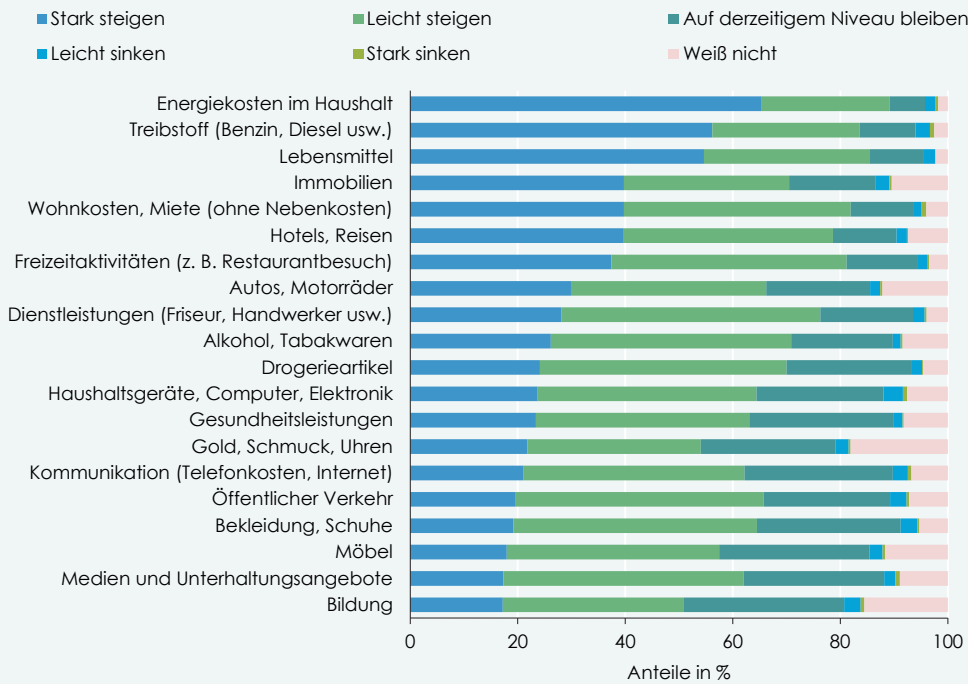
gewählten 19 VPI-Teilpositionen repräsentieren 78% des VPI-Warenkorbes (Übersicht 2).
⁸⁾ Für die letzte, nach oben offene Antwortkategorie (Preiserhöhung um mehr als 100%) wurde für die Berechnung der mittleren Inflationsrate ein Wert von 125 angenommen. Würde man diesen Wert stattdessen mit 100 bzw. 150 ansetzen, würde sich eine durchschnittliche wahrgenommene Teuerung von 25,1% bzw. 26,3% ergeben (Mittelwert).

Abbildung 3: **Erwartungen zur weiteren Preisentwicklung in den nächsten 12 Monaten**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Alle drei Erhebungswellen: n = 1.000.

Abbildung 4: **Erwartete Preisentwicklung in den nächsten 12 Monaten nach Produktgruppen**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. n = 1.000 je Produktgruppe.

Nach Produktgruppen zeigt sich lediglich für die Treibstoffe, die sich bereits seit dem Frühjahr 2021 markant verteuert hatten und denen seither eine große mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde, eine hohe Übereinstimmung der wahrgenommenen und der amtlich erhobenen Preissteigerungsraten. Bei Lebensmitteln, Hotels und Reisen wurden die Inflationsraten dagegen um mehr als 20 Pro-

zentpunkte überschätzt (Mittelwert). Ähnliches gilt auch für den Bereich der Wohnungsmieten. Zu den Mieten im VPI ist jedoch zweierlei anzumerken. Erstens wies der VPI aufgrund einer Umstellung im Mikrozensus (Wohnkosten) ab Jänner 2021 auch noch in der ersten Jahreshälfte 2022 einen Rückgang der Nettomieten aus. Zweitens waren Mieterhöhungen aufgrund von Wert-

sicherungsklauseln in den Mietverträgen bzw. Anpassungen der Kategoriemieten, die nach Juli 2022 wirksam wurden, erhebungsbedingt noch nicht im VPI vom September und Oktober 2022 erfasst, da die Mikrozensus-Ergebnisse erst 3 bis 4 Monate nach Erhebung in den VPI eingehen. Bei den privaten

Haushalten waren diese Preisanstiege aber bereits angekommen. Trotzdem ist ein Anstieg der Bestandsmieten von deutlich über 20%, wie er sich aus der Gallup-Umfrage ergab, aus den gesetzlich möglichen bzw. den in den Mietverträgen vereinbarten Wertsicherungsklauseln nicht ableitbar.

Übersicht 2: Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr nach Produktgruppen gemäß VPI und Einschätzungen gemäß Gallup-Umfrage

	Verbraucherpreisindex			Gallup-Befragung Oktober 2022 ¹⁾			
	Gewicht	Durchschnitt	Durchschnitt	Wahrgenommener Preisanstieg		Differenz zu VPI (Durchschnitt September und Oktober)	
		September und Oktober 2022	Oktober und November 2022	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
	In %	In %	In %	Prozentpunkte			
Treibstoff (Benzin, Diesel usw.)	3,3	41,2	34,8	44,3	40,0	+ 3,0	- 1,2
Lebensmittel	10,1	14,0	14,8	34,5	25,0	+ 20,5	+ 11,0
Energiekosten im Haushalt	4,0	61,7	55,9	50,4	40,0	- 11,2	- 21,7
Wohnkosten, Miete (ohne Nebenkosten)	5,4	3,2	4,1	27,7	15,0	+ 24,5	+ 11,8
Immobilien				33,3	25,0		
Freizeitaktivitäten (z. B. Restaurantbesuch, Kulturveranstaltungen)	15,0	8,8	9,1	24,2	15,0	+ 15,4	+ 6,2
Dienstleistungen (Friseur, Handwerker usw.)	2,9	8,3	8,0	19,6	15,0	+ 11,2	+ 6,7
Drogerieartikel	0,9	6,6	6,7	18,5	15,0	+ 11,9	+ 8,4
Autos, Motorräder	4,3	15,3	14,6	23,5	15,0	+ 8,2	- 0,3
Gesundheitsleistungen	5,6	3,0	3,6	17,9	15,0	+ 14,9	+ 12,0
Alkohol und Tabakwaren	3,4	3,9	4,0	22,0	15,0	+ 18,1	+ 11,1
Hotels, Reisen	3,9	5,0	4,0	26,7	15,0	+ 21,8	+ 10,0
Bekleidung und Schuhe	4,6	1,6	4,2	16,6	15,0	+ 15,0	+ 13,4
Haushaltsgeräte, Computer, Elektronik	2,8	3,9	3,5	19,1	15,0	+ 15,3	+ 11,1
Öffentlicher Verkehr	2,1	6,9	7,7	16,2	7,5	+ 9,3	+ 0,6
Kommunikation (Telefonkosten, Internet)	1,6	- 0,9	- 1,2	16,9	15,0	+ 17,8	+ 15,9
Medien und Unterhaltungsangebote	3,4	2,0	2,4	17,1	15,0	+ 15,1	+ 13,0
Möbel	2,9	12,8	15,2	17,7	15,0	+ 4,9	+ 2,2
Gold, Schmuck, Uhren	0,3	5,1	7,3	21,9	15,0	+ 16,8	+ 9,9
Bildung	1,0	3,9	3,9	17,7	15,0	+ 13,8	+ 11,1
Gewichteter Durchschnitt der 19 Positionen (ohne Immobilien)	77,7²⁾	11,6	11,5	25,7	18,5	+ 14,0	+ 6,8
VPI insgesamt			10,8				
Kerninflation			7,2				

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022); Statistik Austria, Verbraucherpreisindex; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In der Befragung konnten die Respondent:innen Kategorien auswählen, die für die Berechnung der hier ausgewiesenen Prozentwerte durch Mittelwerte ersetzt wurden ("Bis zu 5%" mit 2,5, "Bis zu 10%" mit 7,5, "Bis zu 20%" mit 15, "Bis zu 30%" mit 25, "Bis zu 50%" mit 40, "Bis zu 75%" mit 62,5, "Bis zu 100%" mit 87,5, "Mehr als 100%" mit 125, "Weiß nicht" wurde nicht berücksichtigt). – ²⁾ Summe.

Im Vergleich zur Teuerung laut VPI (11½%) fällt die auf Basis der subjektiven Einschätzungen ermittelte Inflation deutlich kräftiger aus (25½% im Durchschnitt bzw. 18½% im Median).

Andererseits wurden die tatsächlichen Preissteigerungen bei Haushaltsenergie in der Umfrage um mehr als 10 Prozentpunkte unterschätzt (bzw. um rund 20 Prozentpunkte gemäß Median). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass im VPI die Preisänderungen für Erdgas und Strom auf der Basis der Tarifdatenbank der E-Control ermittelt werden und somit bereits ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit der Tarife in den Index eingehen. Für die meisten Bestandskund:innen der

Energieversorger ändern sich die monatlichen Vorschreibungen bei einer Tarifänderung jedoch nicht, sondern werden erst deutlich zeitverzögert mit der Jahresabrechnung als Gutschrift bzw. – in der aktuellen Situation – als satte Nachzahlung wirksam. Für viele Kund:innen waren daher die drastischen Tarifierhöhungen bei Erdgas und Strom in der 2. Jahreshälfte (z. B. in der Ostregion ab 1. September) zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht spürbar.

4. Energiekosten und Heizsysteme

Die Energiekosten für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser machen einen wesentlichen Anteil an den Gesamtausgaben privater Haushalte für Wohnen aus. Die heimischen Haushalte greifen hierfür meist auf Strom, Fernwärme, Holz und Gas zurück (Mikrozensus-Sondermodul zum Energieeinsatz der Haushalte 2019/20; Statistik Austria, 2021). Diese vier Energieträger wurden auch in der Gallup-Befragung vom Oktober 2022 am häufigsten genannt. Da oft verschiedene Heizsysteme kombiniert werden, ergeben sich sowohl in der Energiestatistik als

auch in den Ergebnissen der Befragung Mehrfachzählungen.

Die Energiepreiskrise veranlasste viele Befragte, über einen Wechsel des Energieträgers nachzudenken. Gemäß den Befragungsergebnissen planten 11% einen Umstieg auf andere Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser im eigenen Haushalt. Vor allem jene, die mit Heizöl und bzw. oder Erdgas heizen, gaben an, den Energieträger wechseln zu wollen (21% bzw. 18% der jeweiligen Nutzer:innen; Übersicht 3).

48% der Befragten, die einen Wechsel auf andere Energieträger planen, haben vor, in Zukunft Solar bzw. Fotovoltaik zu nutzen.

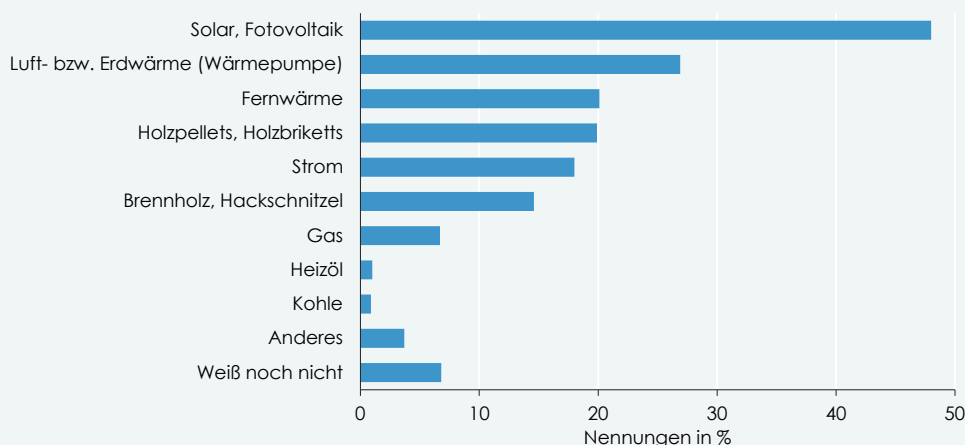
Übersicht 3: **Derzeit genutzte Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser sowie Umstellungspläne**

Derzeit genutzte Energieträger	Umstellungspläne			Derzeit genutzte Energieträger Nennungen
	Ja	Nein	Weiß nicht	
		Anteile in %		
Heizöl	21	62	17	83
Gas	18	61	21	295
Fernwärme	6	83	10	402
Strom	12	72	16	321
Holzpellets, Holzbriketts	10	73	16	121
Brennholz, Hackschnitzel	11	73	16	150
Luft- bzw. Erdwärme (Wärmepumpe)	4	80	16	88
Solar, Fotovoltaik	9	75	16	89
Kohle	0	89	11	9
Andere	9	49	42	9
Insgesamt	11	74	15	1.567

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. $n = 1.000$.

Abbildung 5: **Bevorzugter Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser, auf den die Befragten umsteigen wollen**

Personen, die einen Umstieg planen



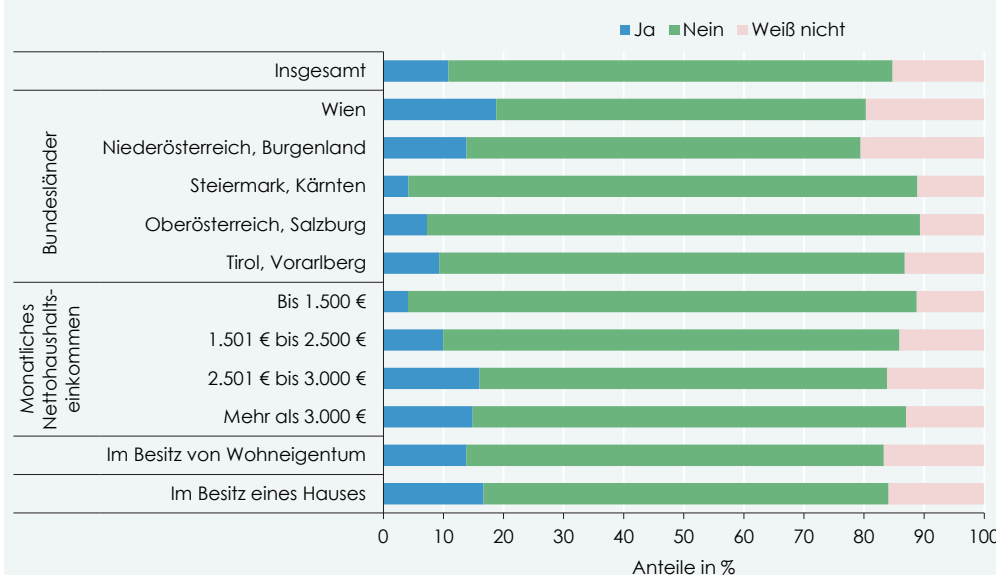
Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. Mehrfachnennungen möglich. $n = 107$.

Jene, die einen Umstieg planten, favorisierten Energie aus Solar und Fotovoltaik: 48% gaben an, in Zukunft Sonnenenergie nutzen zu wollen (Abbildung 5), oft in Kombination mit anderen Energieträgern, insbesondere mit Luft- bzw. Erdwärme, aber auch mit Holz (Brennholz, Hackschnitzel, Holzpellets, Holzbriketts) und Strom. 27% der Personen, die einen Umstieg planten, erwogen den Einsatz einer Luft- bzw. Erdwärmepumpe.

In der Planung zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während in der Steiermark und Kärnten nur 4% der Befragten planten, auf andere Energieträger umzusteigen, waren es in Wien 19% und in Niederösterreich und im Burgenland 14%. In Oberösterreich und Salzburg gaben 7%, in Tirol und Vorarlberg 9% der Befragten an, umsteigen zu wollen. Auch zwischen den Einkommensgruppen bestehen in dieser

Hinsicht deutliche Unterschiede. Die Umstiegswilligkeit steigt mit dem Einkommen. Während in der untersten Einkommensgruppe (monatliches Nettohaushaltseinkommen bis 1.500 €) nur 4% der Befragten einen Wechsel planten, waren es unter Personen mit einem Nettohaushaltseinkommen zwischen 1.501 € und 2.500 € 10%, und in den beiden obersten Einkommensgruppen rund 15% (Abbildung 6). Auch die Wohnform spielt eine Rolle, da einige Personengruppen mitunter keine Wahlmöglichkeiten im Bereich der Energiebereitstellung haben. So erwogen Personen, die in einem Einfamilien- oder Doppelhaus leben, eher einen Wechsel des Energieträgers als jene, die in einem mehrgeschoßigen Wohnhaus mit drei oder mehr Wohnungen leben (17% gegenüber 8% der Befragten). Personen mit Wohneigentum planten häufiger Umstellungen als Mieter:innen (14% gegenüber 10%).

Abbildung 6: Umstellungspläne auf einen anderen Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser nach soziodemografischen Merkmalen



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. Insgesamt: n = 1.000, Wien: n = 214, Niederösterreich, Burgenland: n = 224, Steiermark, Kärnten: n = 205, Oberösterreich, Salzburg: n = 228, Tirol, Vorarlberg: n = 129. Bis 1.500 €: n = 135, 1.501 € bis 2.500 €: n = 237, 2.501 € bis 3.000 €: n = 116, mehr als 3.000 €: n = 303. Im Besitz von Wohneigentum: n = 419, im Besitz eines Hauses: n = 364.

Die Kosten für Heizen machten im Mittel (Median) 25% der Gesamtausgaben für das Wohnen aus. Für die Zukunft erwarteten die Befragten einen Anstieg auf 41%.

Gemäß den Ergebnissen der Befragung betrug der Anteil der Heizkosten an den Gesamtausgaben für das Wohnen in den Jahren 2019 bis 2021 25% (Median). Die Anteile unterscheiden sich kaum nach Bundesländern und Einkommen. In zwei Einkommensgruppen (bis 1.500 € und 2.501 € bis 3.000 €) wurde der Anteil jedoch geringer eingeschätzt (20%). Nach den bisher genutzten Energieträgern gaben sowohl jene Personen, die mit Gas bzw. Strom, als auch jene, die mit Fernwärme heizen, im Mittel einen Anteil von 25% an (Übersicht 4).

Nach Wohnform zeigen sich hingegen größere Unterschiede. Jene Personen, die im Eigentum wohnen, gaben im Mittel einen höheren Anteil an (26%) als Mieter:innen (21%). Auch die Art der Wohnform dürfte für die Höhe der Heizkosten eine Rolle spielen. Personen, die in einem Einfamilien- bzw. Doppelhaus wohnen, schätzten den Anteil der Heizkosten an den Wohnkosten im Mittel höher ein als Personen, die in einem Mehrparteienwohnhaus leben (28% gegenüber 22%).

Der erwartete Anstieg im allgemeinen Preisniveau spiegelt sich deutlich in den Einschätzungen der künftigen Heizkosten. So erwarteten nur 8% der im Oktober 2022 befragten Personen für 2023 einen Rückgang bzw. eine Stagnation des Heizkostenanteils; 92% gingen dagegen von einem Anstieg aus. Während der mittlere Heizkostenanteil in der Rückschau noch bei 25% lag, wurde für das kommende Jahr ein Heizkostenanteil von 41% erwartet. Bewohner:innen von Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften und Personen, die im Eigentum wohnen, waren auch in der Vorausschau pessimistischer

(46% bzw. 45%). Auch jene Befragten, die mit Gas bzw. Strom und bzw. oder Fernwärme heizen, rechneten verglichen mit allen Befragten mit einem leicht höheren Anteil (43%). Unterschiede in den Erwartungen zeigen sich teilweise auch nach Bundesländern und Einkommensgruppen. Einwohner:innen Niederösterreichs und des Burgenlands erwarteten im Mittel einen höheren Heizkostenanteil (48%), Wiener:innen einen geringeren (37%). In der untersten Einkommensgruppe bis 1.500 € war der erwartete Anteil mit 37% ebenfalls unterdurchschnittlich (Übersicht 4).

Übersicht 4: Anteil der Heizkosten an den Ausgaben für Wohnen

	Einschätzung für den Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021		Erwartung für das kommende Jahr	
	Median des prozentuellen Heizkostenanteils	<i>n</i>	Median des prozentuellen Heizkostenanteils	<i>n</i>
Insgesamt	25	809	41	770
Bundesländer				
Wien	23	175	37	165
Niederösterreich, Burgenland	25	196	48	186
Steiermark, Kärnten	24	174	41	168
Oberösterreich, Salzburg	23	174	40	163
Tirol, Vorarlberg	23	90	39	88
Monatliches Nettohaushaltseinkommen				
Bis 1.500 €	20	116	37	113
1.501 € bis 2.500 €	23	213	43	198
2.501 € bis 3.000 €	20	105	40	103
Mehr als 3.000 €	25	253	40	242
Energieträger Gas, Strom	25	431	43	416
Energieträger Fernwärme	25	340	43	324
Im Besitz von Wohneigentum	26	336	45	317
Im Besitz eines Hauses	28	293	46	276

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen.

Vor dem Hintergrund des bisherigen und noch erwarteten Energiepreisanstiegs gaben 14% der Befragten an, im letzten Jahr größere Ausgaben getätigt zu haben, um den Energieverbrauch in ihrem Haushalt zu verringern. 17% der Befragten planten entsprechende Ausgaben. In der Rückschau war die Ausgabenbereitschaft älterer Personen höher und vor allem unter den 14- bis 29-Jährigen eher unterdurchschnittlich. In der Vorausschau war die Ausgabenbereitschaft unter den 30- bis 49-Jährigen am höchsten. Nach Bundesland planten in Wien mit rund einem Viertel der Befragten überdurchschnittlich viele Personen Ausgaben zum Energiesparen, in der Steiermark und in Kärnten dagegen nur 12%. Unterschiede bestehen auch in Bezug auf die Wohnform: Personen, welche in Eigentum wohnen oder in Besitz eines Hauses sind, gaben überdurchschnittlich oft an, größere Ausgaben zur Verringerung des Energieverbrauchs getätigt zu haben oder solche in den nächsten

12 Monaten tätigen zu wollen. In der Vorausschau spielt auch der bisher genutzte Energieträger eine Rolle: Personen, die mit Gas oder Strom heizen, planten eher größere Ausgaben als jene, die mit anderen Energieträgern heizen.

5% der Befragten gaben an, innerhalb des letzten Jahres ein Auto mit alternativem Antrieb (Elektro, Hybrid) angeschafft zu haben, 4% beabsichtigten eine Anschaffung (Übersicht 5). Auch hier zeigen sich Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen. Während nur 1,1% der Personen mit Abschluss einer Pflichtschule, einer allgemeinbildenden höheren Schule (Unterstufe) oder einer Mittelschule ohne Matura eine Anschaffung planten, waren es unter Personen mit Matura, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss 6,3%. Ein ähnliches Muster zeigt sich nach Einkommensgruppen. Unter Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen (bis 1.500 €) gaben nur 0,5% der Befragten an,

die Anschaffung eines Autos mit alternativem Antrieb zu planen, in der obersten Einkommensgruppe (mehr als 3.000 €) waren es 6%. Regional gab es in der Vorausschau nur wenig Variation, sehr wohl aber in der Rückschau: in Wien gaben gut 8% der Befragten an, sich innerhalb des letzten Jahres ein

Elektro- oder Hybridfahrzeug angeschafft zu haben, in Niederösterreich, im Burgenland, der Steiermark und Kärnten waren es hingegen nur rund 2,5%. Personen, die ein Haus besitzen, erwarben überdurchschnittlich oft ein solches Fahrzeug. Dies dürfte mit dem Einkommen zusammenhängen.

Übersicht 5: **Getätigte und geplante Ausgaben zur Verringerung des Energie- und Treibstoffverbrauchs**

	Größere Ausgaben zur Verringerung des Energieverbrauchs im Haushalt		Anschaffung eines Autos mit alternativem Antrieb (Elektro, Hybrid)		Personen ungewichtet
	Rückblick (letztes Jahr)	Planung	Rückblick (letztes Jahr)	Planung	
Insgesamt	14,3	17,1	5,0	3,7	n 1.000
Geschlecht					
Mann	13,0	19,6	5,8	4,2	490
Frau	15,5	14,7	4,3	3,2	510
Altersgruppen					
14 bis 29 Jahre	10,4	15,6	6,3	3,1	199
30 bis 49 Jahre	13,9	22,3	5,3	5,5	316
50 Jahre und älter	16,2	14,3	4,3	2,7	485
Bundesländer					
Wien	15,4	24,5	8,2	3,7	214
Niederösterreich, Burgenland	14,3	14,9	2,6	3,4	224
Steiermark, Kärnten	11,1	11,7	2,3	3,9	205
Oberösterreich, Salzburg	15,8	18,3	4,9	3,1	228
Tirol, Vorarlberg	14,7	15,2	8,7	4,7	129
Höchste abgeschlossene Ausbildung					
Pflichtschule, allgemeinbildende höhere Schule (Unterstufe), Mittelschule ohne Matura	14,0	14,0	5,6	1,1	210
Berufs-, Fachschule, mittlere Lehranstalt	12,5	16,4	4,0	3,0	447
Matura, Fachhochschule, Universität	16,9	20,1	6,1	6,3	343
Monatliches Nettohaushaltseinkommen					
Bis 1.500 €	10,0	15,9	1,5	0,5	135
1.501 € bis 2.500 €	16,4	18,3	5,0	3,2	237
2.501 € bis 3.000 €	13,7	13,6	4,5	3,0	116
Mehr als 3.000 €	17,4	18,5	6,4	6,0	303
Energieträger Gas, Strom	12,6	19,2	4,4	4,6	532
Im Besitz von Wohneigentum	17,1	19,9	6,2	4,5	419
Im Besitz eines Hauses	18,6	21,0	6,9	4,0	364

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich.

5. Verschärfte Finanzierungsbedingungen

Die Straffung der Geldpolitik der EZB ab dem Frühjahr 2022 brachte durch die steigenden Zinssätze für viele Kreditnehmer:innen zusätzliche Herausforderungen. Zudem haben die seit August 2022 geltenden strengeren Vergaberichtlinien bei Immobilienkrediten (z. B. höheres Eigenmittelerfordernis, Beschränkungen in Bezug auf den Anteil der Kreditbelastung am Nettohaushaltseinkommen) die Finanzierungsbedingungen verschärft.

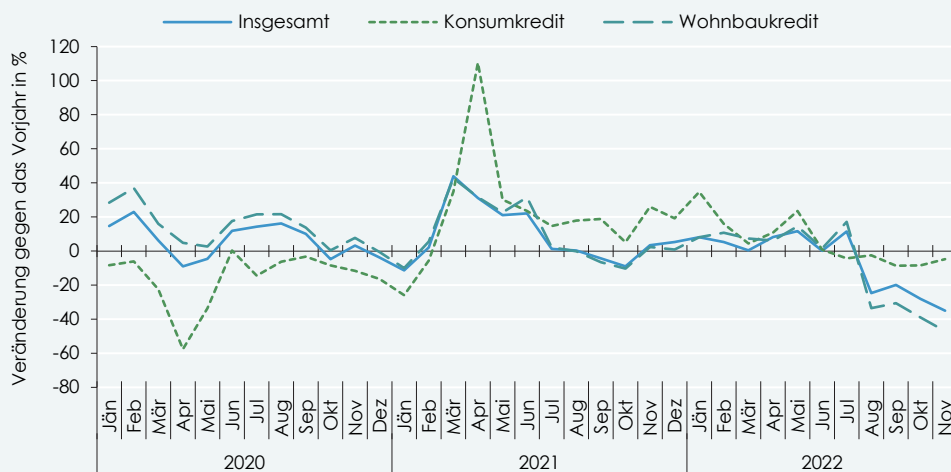
Betrachtet man die monatliche Entwicklung der Neukreditvergaben an private Haushalte (laut Österreichischer Nationalbank,

Abbildung 7), so ist ab Mitte 2022 eine deutliche Veränderung erkennbar. Bei den Konsumkrediten stagnierte das Wachstum im Juni 2022 und war in den Folgemonaten durchgehend negativ (November 2022 -4,8%). Der überdurchschnittliche Rückgang im Jahr 2020 und die darauffolgenden positiven Wachstumsraten im Jahr 2021 waren primär der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden Veränderung der Konsummöglichkeiten geschuldet. Bei den Wohnbaukrediten zeigte sich in den Jahren 2020 und 2021 kein solches Muster. Hier gab es zwar ebenfalls eine Ab- und Aufwärtsbewegung im Vergabevolumen, jedoch mit

deutlich geringeren Ausschlägen. Anders verhält es sich seit Beginn der Zinserhöhungen und der Verschärfung der Vergaberichtlinien: im Juli 2022 kam es zwar nochmals zu einer kräftigen Ausweitung der Neukreditvergaben (+17,1%), was wohl auf

Vorzieheffekte vor Inkrafttreten der strengeren Vergaberichtlinien zurückzuführen ist. Ab August brachen die Neuvergaben von Immobilienkrediten jedoch deutlich ein (November 2022 -47,0%).

Abbildung 7: Neuvergaben von Einmalkrediten an private Haushalte



Q: OeNB, WIFO-Darstellung.

Die Auswirkungen der höheren Zinssätze und der strengeren Vergaberichtlinien zeigen sich auch in den Befragungsergebnissen. Sieben von zehn Befragten gaben an, in den kommenden Monaten von größeren Anschaffungen (z. B. Auto oder Möbel) Abstand zu nehmen und diese entweder gar nicht zu tätigen oder zu verschieben. Hierbei ist unklar, ob dies aufgrund der Verteuerung von Konsumkrediten erfolgt oder ob vorhandene Finanzmittel für andere notwendige Ausgaben gebraucht werden. Letzteres dürfte auf Haushalte mit niedrigem monatlichem Nettoeinkommen zutreffen, von denen 70% angaben, derartige Ausgaben gar nicht tätigen zu können. Knapp ein Fünftel der Befragten, Personen mit hohem Haushaltseinkommen, wollen aber weiterhin größere Anschaffungen wie geplant umsetzen.

Knapp 150 der 1.000 Befragten gaben an, in nächster Zeit eine Immobilie erwerben oder in größerem Umfang in die Erhaltung bzw. Verbesserung des eigenen Wohnraumes investieren zu wollen (bzw. dies ursprünglich vorgehabt zu haben). Die meisten dieser Personen verfügen erwartungsgemäß über ein vergleichsweise hohes Haushaltseinkommen und – damit zumeist korrelierend – ein hohes Ausbildungsniveau. Auch Selbstständige und freiberuflich Tätige gaben deutlich häufiger an, in den Erwerb bzw. die Sanierung von Wohnraum investieren zu wollen (36% gegenüber 14% insgesamt).

Auf die Frage, ob sie trotz der gestiegenen Zinssätze an der Realisierung ihrer Pläne fest-

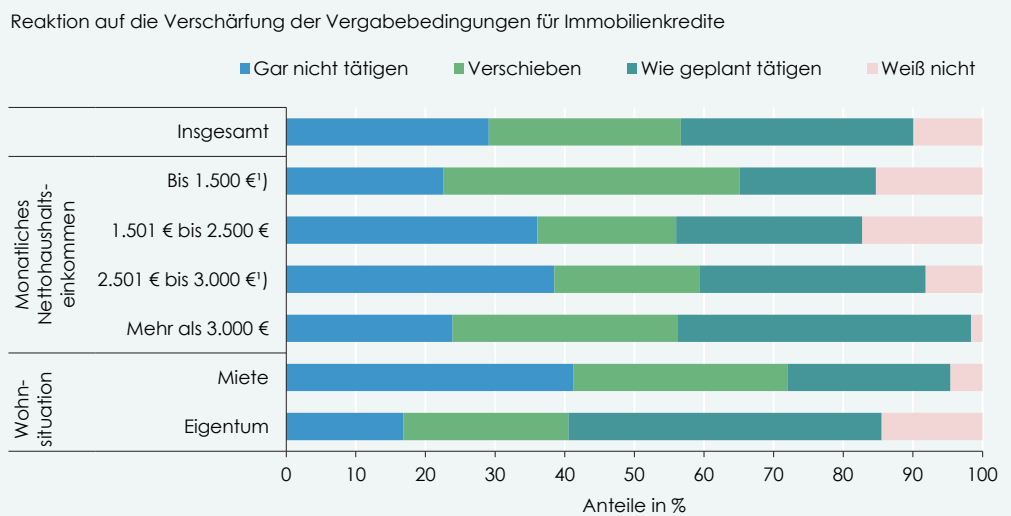
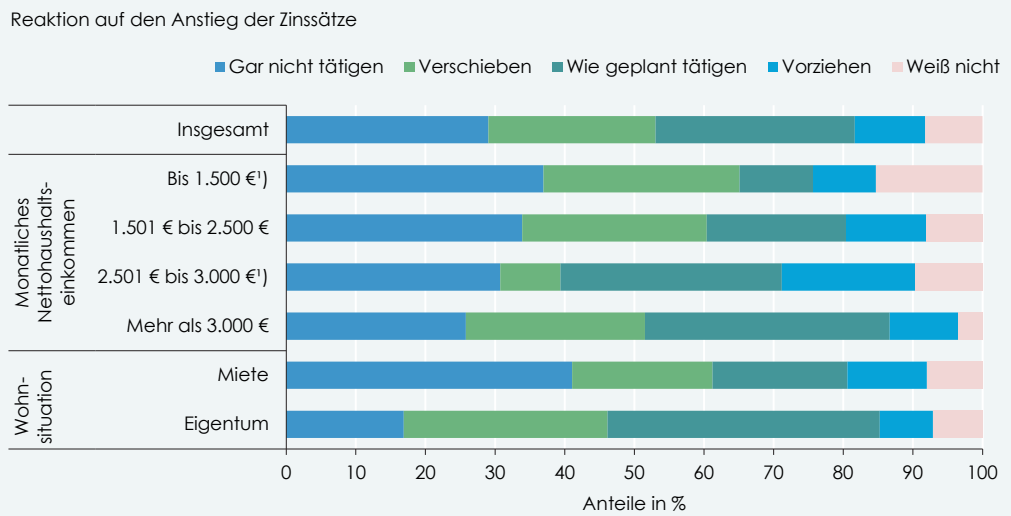
halten werden, gaben mehr als die Hälfte (53%) dieser rund 150 Personen an, derartige Ausgaben nun nicht mehr zu tätigen bzw. zu verschieben. Lediglich 29% wollten ihre Vorhaben wie geplant umsetzen. Die Einkommenshöhe spielt bei der Entscheidung abermals eine wesentliche Rolle (Abbildung 8, oben).

Ein ähnliches Antwortverhalten zeigte sich bei der Frage, ob die höheren Eigenmittelerfordernisse der Banken eine Auswirkung auf die geplante Realisierung haben (Abbildung 8, unten). Hierzu gaben 57% der Befragten an, ihre Vorhaben nicht mehr zu realisieren bzw. zu verschieben; 33% konnten und wollten dies weiterhin.

Interessant ist der Unterschied im Antwortverhalten zwischen jenen Personen, die im Eigentum wohnen, und jenen, die zur Miete wohnen. So gaben Mieter:innen mit 61% (steigende Zinsen) bzw. 72% (höhere Eigenmittelerfordernisse) überdurchschnittlich oft an, das Immobilienprojekt (Kauf bzw. Sanierung) nicht realisieren zu können oder zu verschieben. Bei den befragten Mieter:innen kann wohl – ohne dies gesondert erhoben zu haben – mehrheitlich davon ausgegangen werden, dass sie einen Immobilienkauf geplant hatten. Befragte, die bereits im Eigentum lebten, hielten andererseits überdurchschnittlich oft an der Realisierung ihrer Vorhaben fest (39% bzw. 45%), wobei es sich dabei zumeist um Investitionen in die Erhaltung bzw. Verbesserung des eigenen Wohnraumes handeln dürfte.

Der Anstieg der Zinssätze veranlasste eine deutliche Mehrheit der Befragten, größere Anschaffungen hintanzustellen.

Abbildung 8: Reaktion der Befragten, die Immobilien kaufen bzw. sanieren wollen, auf das schwierigere Finanzierungsumfeld



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben bzw. deren Wohnsituation nicht Miete oder Eigentum zuordenbar ist. Insgesamt: n = 144, bis 1.500 €: n = 9, 1.501 € bis 2.500 €: n = 43, 2.501 € bis 3.000 €: n = 15, mehr als 3.000 €: n = 59. Miete: n = 75, Eigentum: n = 67. - ¹) Geringe Fallzahl.

6. Sparverhalten in Zeiten hoher Unsicherheit

Haushalte sparen bzw. lösen ihre Rücklagen aus unterschiedlichen Gründen auf. Auch ändern sich die Sparmotive (z. B. Altersvorsorge, Immobilienerwerb, "Notgroschen") im Laufe des Lebens. Externe Faktoren (Schocks), wie die derzeitige Energiepreiskrise und die hohe Teuerung, beeinflussen auch unmittelbar das Konsum- und damit das Sparverhalten der Haushalte. Ebenso ließen die beschränkten Konsummöglichkeiten während der COVID-19-Lockdowns den Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen (Sparquote) deutlich ansteigen ("Zwangssparen"), vor allem in Haushalten mit höherem Einkommen. Solche Haushalte haben in der aktuellen Situation vermutlich

mehr Bewegungsspielraum, um die gestiegenen Kosten abzufedern.

Wieviel private Haushalte sparen können bzw. welche Rücklagen vorhanden sind, hängt stark vom Einkommen und dem bisherigen Vermögensaufbau ab. Haushalte mit höherem Einkommen haben in der Regel eine höhere Sparneigung, d. h. der Anteil des Einkommens, der nicht in den Konsum fließt, ist höher. Einkommensstarke Haushalte konnten in der Vergangenheit zumeist Sparguthaben anhäufen und verfügen oftmals über Vermögen aus Erbschaften bzw. Schenkungen, auf die sie in Zeiten höherer Unsicherheit zurückgreifen können. In

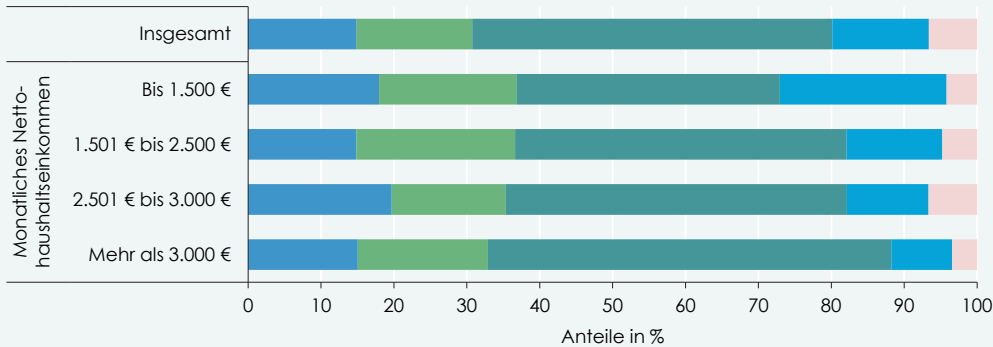
einkommensschwachen Haushalten fließt dagegen das gesamte bzw. der Großteil des Einkommens in den Konsum, wodurch

keine Ersparnisse gebildet oder aufgelöst werden können.

Abbildung 9: **Notwendigkeit, auf Ersparnisse zurückgreifen zu müssen, nach Einkommensgruppen**

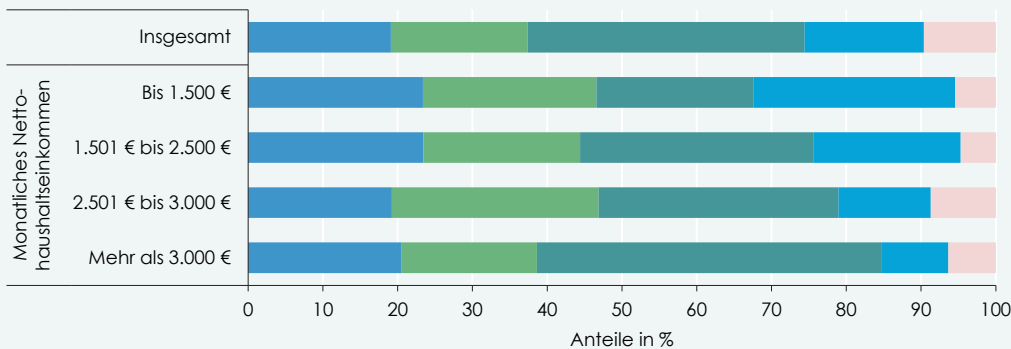
Rückblick (vergangene Monate)

- Ja, um die alltäglichen Ausgaben für meinen gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können
- Ja, sogar um meine unbedingt notwendigen Ausgaben (Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können
- Nein, musste ich nicht
- Keine Ersparnisse vorhanden
- Keine Angabe



Vorausschau (kommende Monate)

- Ja, um die alltäglichen Ausgaben für meinen gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können
- Ja, sogar um meine unbedingt notwendigen Ausgaben (Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können
- Nein, muss ich nicht
- Keine Ersparnisse vorhanden
- Keine Angabe



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben. Insgesamt: n = 1.000, bis 1.500 €: n = 135, 1.501 € bis 2.500 €: n = 237, 2.501 € bis 3.000 €: n = 116, mehr als 3.000 €: n = 303.

Im Jahr 2021 betrug die Sparquote der privaten Haushalte in Österreich 12,0% (nach 13,3% im Jahr 2020 und 8,6% 2019)⁹⁾. Für 2022 erwartet das WIFO einen Rückgang der Sparquote auf 7,3% (Ederer & Glocker, 2022), da das reale (preisbereinigte) verfügbare Haushaltseinkommen sinkt (-1,4%). Die derzeitige hohe Preisdynamik verringert somit deutlich die frei verfügbaren finanziellen

Mittel, die nach dem Konsum gespart werden können.

Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Befragung. Rund 15% der Befragten gaben an, in den vergangenen Monaten auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben, um den gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können. Weitere 16% mussten sogar

⁹⁾ Statistik Austria, Nichtfinanzielle Sektorkonten (Stand 30. 9. 2022).

Bisher mussten vor allem Personen in einkommensschwachen Haushalten auf vorhandene Sparreserven zurückgreifen. Wenn die kräftige Teuerung anhält, werden jedoch auch Besserverdienende Rücklagen auflösen müssen.

Rücklagen auflösen, um unbedingt notwendige Ausgaben (u. a. für Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können. 13% der Befragten gaben an, über keinerlei Ersparnisse zu verfügen, auf die sie angesichts der Teuerung zurückgreifen könnten. Diesen drei Gruppen steht jedoch knapp die Hälfte der Befragten gegenüber, die in den Monaten vor der Befragung nicht auf Ersparnisse zurückgreifen musste (Abbildung 9, oben).

Betrachtet man das Antwortverhalten nach soziodemografischen Merkmalen, so lässt sich ein erwartetes Bild erkennen: Je höher das monatliche Nettohaushaltseinkommen, desto eher können die notwendigen wie auch alltäglichen Ausgaben durch das laufende Einkommen gedeckt werden. Dies zeigen auch mit dem Einkommen korrelierte Merkmale wie Bildung und Beruf. Pensionist:innen mussten in den Monaten vor der Befragung mehrheitlich nicht auf Ersparnisse zurückgreifen. Demgegenüber verfügen junge, in Ausbildung stehende und geringqualifizierte Personen (mit höchstens Pflichtschulabschluss, Abschluss einer AHS-Unterstufe oder einer Mittelschule ohne Matura) überdurchschnittlich oft über keine Ersparnisse. Selbständige und freiberuflich Tätige gaben hingegen häufig an, zur Deckung unbedingt notwendiger Ausgaben auf Sparrücklagen zurückgegriffen zu haben (27%). Dies dürfte Ausdruck eines unsicheren, oft-

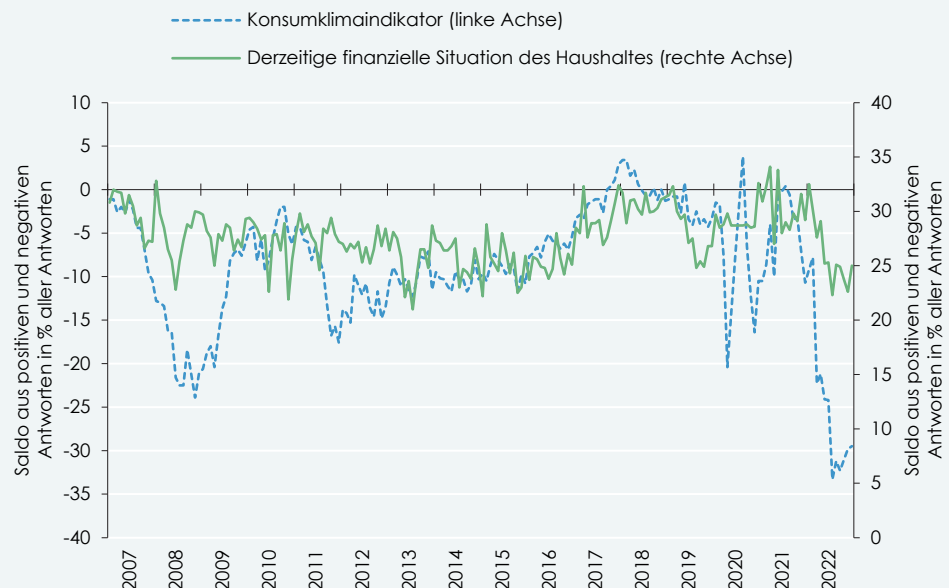
mals geringen und unsteten Einkommens sein.

In der Vorausschau (Abbildung 9, unten) sind die Anteile jener Personen, die damit rechneten, entweder keine Ersparnisse zu haben oder auf Ersparnisse zurückgreifen zu müssen, höher als in der Rückschau. Lediglich 37% der Befragten rechneten nicht damit, in den kommenden Monaten Rücklagen auflösen zu müssen (Rückschau 49%). Wie die Ergebnisse zeigen, können einkommensstärkere Haushalte ihr gewohntes Konsumniveau eine gewisse Zeit halten, ohne Rücklagen aufzulösen, und Preisschocks leichter absorbieren. Je länger die Hochpreisphase andauert, desto mehr Personen müssen jedoch Maßnahmen ergreifen.

Das unsichere wirtschaftliche Umfeld im Winterhalbjahr 2022/23 – geprägt durch die trüben Aussichten sowie die weiterhin hohen Lebenshaltungskosten – hat die Zuversicht der privaten Haushalte merklich gedämpft. Laut Europäischer Kommission erreichte das Konsument:innenvertrauen der heimischen Haushalte in den letzten Monaten ein historisches Tief und stabilisiert sich nur langsam (Abbildung 10). Der Eurostat-Indikator zur finanziellen Situation der Haushalte hat sich in den Wintermonaten ebenfalls deutlich eingetrübt. Dieses Bild passt zu den Ergebnissen der Gallup-Befragung.

Abbildung 10: **Konsumklima**

Saisonbereinigt

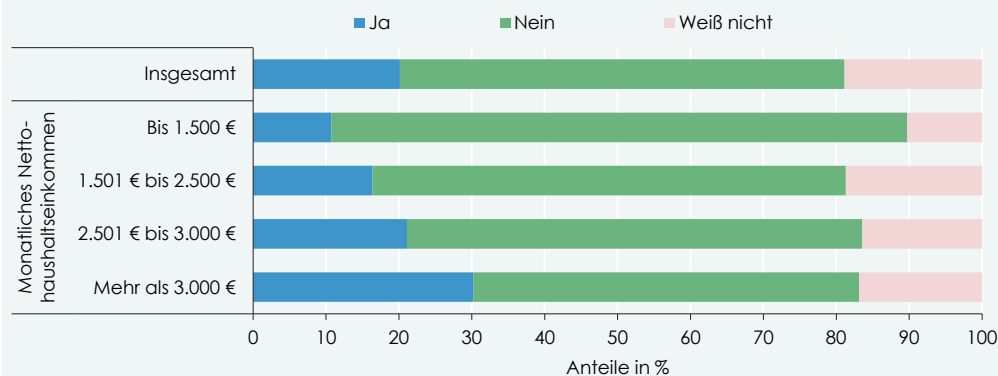


Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Konsumklimaindikator . . . Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Derzeitige finanzielle Situation des Haushaltes: Bei positiven Werten überwiegt die Möglichkeit, zu sparen, bei negativen die Notwendigkeit, auf Ersparnisse zurückzugreifen bzw. sich zu verschulden. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Nur jede:r fünfte Befragte erwartete, in den kommenden Monaten Ersparnisse bilden zu können (Abbildung 11). Drei Fünftel rechneten dagegen damit, keine Rücklagen bilden zu können, ein weiteres Fünftel war sich unsicher. Nach Einkommensgruppen erwartete

nur jede zehnte Person in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 1.500 €, etwas sparen zu können, in der obersten Einkommensgruppe dagegen fast jede:r Dritte.

Abbildung 11: **Möglichkeit, in den kommenden Monaten Ersparnisse bilden zu können, nach Einkommensgruppen**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben. Insgesamt: $n = 1.000$, bis 1.500 €: $n = 135$, 1.501 € bis 2.500 €: $n = 237$, 2.501 € bis 3.000 €: $n = 116$, mehr als 3.000 €: $n = 303$.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gemäß den Ergebnissen einer Befragung in privaten Haushalten, die das Österreichische Gallup Institut im Oktober 2022 im Auftrag des WIFO durchführte, stellt das derzeitige wirtschaftliche Umfeld die privaten Haushalte vor Herausforderungen. Die Befragten nehmen besonders in den Bereichen Treibstoffe, Lebensmittel und Haushaltsenergie Preissteigerungen wahr und passen ihr Einkaufsverhalten entsprechend an, um höheren Ausgaben entgegenzuwirken. Aufgrund der gestiegenen Kosten für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser plant gut ein Zehntel der Befragten die Umstellung auf einen anderen Energieträger. Größeren An-

schaffungen im Bereich des Immobilienerwerbs bzw. der Wohnraumsanierung wirken jedoch die verschärften Finanzierungsbedingungen entgegen, sodass eine deutliche Mehrheit der Befragten bereits geplante Projekte derzeit hintanstellt. Die hohe Inflation verringert auch die verfügbaren finanziellen Mittel, die nach dem Konsum gespart werden können. Zugleich müssen vor allem Personen in einkommensschwachen Haushalten selbst zur Deckung unbedingt notwendiger Ausgaben häufig auf Sparrücklagen zurückgreifen, sofern solche Reserven überhaupt vorhanden sind.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2022). WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022. *WIFO Research Briefs*, (25). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70456>.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Mayrhuber, C., & Schiman, S. (2022). COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), S. 247-262. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69644>.
- Ederer, S., & Glocker, C. (2022). Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70406>.
- Ertl, M., Fortin, I., Grozea-Helmenstein, D., Hlouskova, J., Hofer, H., Koch, S. P., Kunst, R. M., Neusser, K., Reiter, M., & Weyerstrass, K. (2022). Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022-2024. Widerstandsfähige Wirtschaft in schwierigem Umfeld. *IHS-Wirtschaftsprognose*, (125). <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6414/>.
- OeNB (2022a). *Konjunktur aktuell. Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage*. https://www.oenb.at/dam/jcr:90af9fa2-6de3-4550-9c1f-fba47d242304/Konjunktur-aktuell-10-22_gesamt.pdf.
- OeNB (2022b). Deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Wohnbaukrediten. Österreich-Ergebnisse der euro-raumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2022. APA-OTS. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221025_OTS0088/deutlicher-rueckgang-der-nachfrage-nach-wohnbaukrediten (abgerufen am 25. 10. 2022).

- OeNB (2022c). Die Inflationsanalyse der OeNB. *Inflation aktuell*, (Q3/22). https://www.oenb.at/dam/jcr:58a5468f-0777-4862-b4d9-100d7c1728bf/Inflation-aktuell_Q3-2022.pdf.
- Österreichisches Gallup Institut (2022a). *Inflation steigt zu Top-Prioritäten auf*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/inflation-steigt-zu-top-prioritaeten-auf/>.
- Österreichisches Gallup Institut (2022b). *Steigende Sorgen um Inflation und Energieversorgung*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/steigende-sorgen-um-inflation-und-energieversorgung/>.
- Österreichisches Gallup Institut (2022c). *Inflation: Österreicher passen ihr Verhalten an*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/inflation-oesterreicher-passen-ihr-konsumverhalten-an/>.
- Statistik Austria (2021). *Energieeinsatz der Haushalte 2019/2020*. <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte> (abgerufen am 25. 5. 2021).